

Der Abschied von seiner Heimat, sagt Bernd Burghausen*, werde ihm schwerfallen. Der 52-jährige Kölner lenkt als Mehrheitseigner die Geschicke mehrerer erfolgreicher Unternehmen im Rheinland, darunter ein Personaldienstleister und eine Baufirma. Über die Jahre haben seine Frau und er ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro aufgebaut, wirken als Stifter für soziale Zwecke, genießen hohes Ansehen in der Region.

Schon bald wird Bernd Burghausen all das zurücklassen: seine Unternehmen, seine Stiftung, seine Freunde im Tennis- und Golfklub. Die Familie kehrt Deutschland den Rücken und folgt damit einem Weg, den bereits viele vermögende Bundesbürger vor ihr gegangen sind: Sie verlegt ihren Wohnsitz in die Schweiz.

Lange habe er gezögert, sagt Burghausen. Sorgenvoll beobachtete er, wie die Staaten der Euro-Zone sich bis an die Schmerzgrenze verschuldeten. Wie Haushaltspolitiker händeringend nach neuen Einnahmequellen suchten – und dabei auch die Vermögenden ins Visier nahmen. Das habe schließlich den Ausschlag gegeben: „Die Hoffnung, dass die Regierung ein gerechteres Steuersystem schafft“, so der Unternehmer, „habe ich endgültig aufgegeben.“

Die Kombination aus Politikfrust und Krisenangst ist typisch für die Stimmungslage der Gutbetuchten hierzulande. Viele haben durch den Beinahe-

*Name von der Redaktion geändert.



ILLUSTRATIONEN: MICHAEL LUTZ FÜR MANAGER MAGAZIN

REICH UND RATLOS

VERMÖGENSTEUER Die staatliche Schuldenkrise versetzt Wohlhabende in Unruhe: Wo ist ihr Geld vor dem Fiskus noch sicher?

Crash der Finanzmärkte bereits viel Geld verloren – und befürchten jetzt weitere empfindliche Einschnitte. „In die Sorge um wirtschaftliche Instabilität mischen sich erhebliche Zweifel am Krisenmanagement der Politik“, konstatiert Robert Hiotoglou, Chef des Anlagespezialisten 4E Finanzkonzept, der zahlreiche Vermögende betreut.

Die bisherigen Sparmaßnahmen, so viel steht fest, reichen bei Weitem nicht aus. Zu kostspielig sind die staatlichen Rettungspakete, zu tief die Löcher im Haushalt.

Bislang blieben die Wohlhabenden weitgehend verschont: Vermögensbezogene Steuern machen in Deutschland nur 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus – deutlich weniger als in den anderen großen Industriestaaten. Ein Zustand, der sich schon bald ändern könnte. „Eine stärkere Belastung der Vermögen ist aus heutiger Sicht sehr wahrscheinlich“, sagt Stefan Bach, Steuerexperte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Längst finden sich die Befürworter höherer Steuern für Reiche nicht mehr nur im linken Parteienspektrum. Auch CDU-Politiker fordern, Vermögende sollten gezielt zur Kasse gebeten werden. Unterstützung erhalten sie dabei von prominenten Querdenkern wie Drogeriemarkt-Chef Dirk Roßmann oder SAP-Mitgründer Dietmar Hopp, die selbst zu den Reichsten der Republik zählen.

Auch eine Wiedereinführung der Vermögensteuer scheint möglich. Das lässt eine Urangst vieler Gutbetuchter wieder aufkeimen: die Sorge vor dem staatlichen Zugriff auf die Vermögenssubstanz.

Einige Wohlhabende befürchten sogar den Einsatz längst vergessener fiskalischer Folterwerkzeuge: Im Auftrag einer Unternehmerfamilie analysierte die Privatbank Hauck & Aufhäuser unlängst das Mittel der „Zwanganleihen in Zeiten einer Überschuldungskrise“. Bürger würden zur Zeichnung solcher Papiere gezwungen, so das Geldinstitut, „wenn ein Staat aufgrund einer Bonitätserosion keine Gläubiger mehr findet“.

Ein Szenario, das viele Besserverdiener offenbar nicht mehr ausschließen: Besorgte Kunden rissen den Privatbankiers das Arbeitspapier förmlich aus den Händen. Kippt die bürgerliche Koalition, so fürchten sie, dann würde eine neue Linksregierung vor Zwangsmitteln womöglich nicht zurückschrecken. „Die Verunsicherung der Vermögenden“, sagt Michael Schramm, persönlich haftender Gesellschafter von Hauck & Aufhäuser, „ist so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr.“

DAS DILEMMA der Wohlhabenden: Sie misstrauen der Obrigkeit, doch bisher übliche Fluchtwege sind neuerdings versperrt. Seit europäische Steuerparadiese von Andorra bis zur Schweiz ihr Bankgeheimnis durchlöchert haben, ge-

nügt ein simpler Vermögenstransfer ins nahe gelegene Ausland nicht mehr, um dem Fiskus zu entkommen.

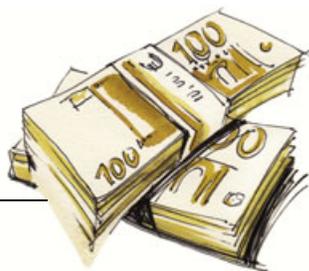
Sollen Vermögende ihr Kapital also in weiter entfernte, vermeintlich sichere Fluchtburgen wie Singapur oder Panama verschieben? Lohnt es sich gar, samt Hab und Gut das Land zu verlassen? Oder gibt es auch in Deutschland noch wirksame Schutzmechanismen?

Wer nach Offshore-Anlagemöglichkeiten sucht, wird im Internet rasch fündig: Schweizer Anlage- und Rechtsberater, die im eigenen Land keinen Schutz vor dem deutschen Fiskus mehr garantieren können, werben jetzt unverhohlen für den Standort Singapur: Der Inselstaat bietet „das stärkste Bankgeheimnis der Welt“, behauptet ein Finanzdienstleister namens Swiss Financial Yard, und gelte damit als „die neue Schweiz“. Zum Servicepaket für steuermüde Ausländer zählen neben der Eröffnung des Auslandskontos auch der „Aufbau von Holdingstrukturen“ sowie „diskrete und vertrauliche Betreuung“.

So verlockend derartige Verschwiegenheit auch sein mag: Die Flucht in Steuerparadiese wie Singapur birgt hohe Risiken. Denn wer sein Geld in Trusts oder sogenannten Private-Limited-Gesellschaften versteckt, macht sich womöglich von Treuhändern abhängig – und schränkt damit die eigene Verfügungsgewalt ein. Und selbst wenn Fluchtburgen wie Singapur auch

Fluchtburgen mit Fallstricken

Wer mit Steueroasen liebäugelt, muss mit erheblichen Risiken rechnen				
	SCHWEIZ	ÖSTERREICH	SINGAPUR	PANAMA
CHANCEN	Vermögende schätzen die günstige Pauschalbesteuerung, die in den meisten Kantonen angeboten wird. Firmen werden mit sinkenden Steuersätzen gelockt.	Die Alpenrepublik bietet eine günstige 25-Prozent-Pauschale auf Kapitalerträge. Damit ist auch die Einkommensteuer abgegolten.	Der Stadtstaat gilt als eine der letzten Bastionen des Bankgeheimnisses – und reizt Reiche mit Discount-Steuersätzen. Kapitalgewinne sind sogar steuerfrei.	Der mittelamerikanische Staat ist so etwas wie das neue Liechtenstein. Vermögende können dort innerhalb weniger Tage anonyme Offshore-Gesellschaften gründen.
RISIKEN	Das Bankgeheimnis für Steuerhinterzieher ist de facto tot. Und wer in die Schweiz übersiedeln will, muss viele juristische Fallstricke beachten.	Auch hier ist ein Wohnsitzwechsel notwendig. Wer nur Kapital verschiebt und nicht in Deutschland versteuert, riskiert hohe Strafen.	Freilich müssen Auslands-erträge in Deutschland versteuert werden. Hiesige Behörden wollen Finanzströme nach Asien verstärkt kontrollieren.	Illegale Tarnfirmen mögen sich zwar als Geld-verstecke eignen. Die Verfügungsgewalt über das Vermögen ist jedoch erheblich eingeschränkt.



Waffenkammer der Regierung

Wie der Staat den Reichen ans Geld will

Steuern für Reiche: Bereits heute greift bei einem Einkommen von mehr als 250 000 Euro der erhöhte Spitzensteuersatz von 45 Prozent. Zahlreiche Politiker fordern nun die Anhebung der sogenannten Reichensteuer. Um darüber hinaus Kapitaleinkünfte stärker zu belasten, könnte der Staat die Abgeltungsteuer anheben.

Belastung von Vermögen: SPD und Die Linke setzen sich außerdem dafür ein, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Eine solche Steuer gab es noch bis vor wenigen Jahren in vielen europäischen Staaten, sie wurde jedoch im Zuge des internationalen Standortwett-

bewerbs zunehmend abgeschafft. Nicht so in Deutschland: Die Vermögensteuer wird zwar seit 1997 nicht mehr erhoben, ist aber immer noch gesetzlich verankert. Die Grünen plädieren nun für eine modifizierte Version – die zweckgebundene Vermögensabgabe. Einmalig sollen Reiche einen bestimmten Prozentsatz ihres Vermögens abgeben. Die Mehreinnahmen in Milliardenhöhe müsse der Staat dazu verwenden, seine Schulden abzubauen.

Kosten für Finanzgeschäfte: Auch eine Finanztransaktionssteuer wird immer wieder thematisiert. So könnte der Fiskus an Geldströmen mitverdienen – und Kapitalflucht ins Ausland erschweren.

künftig eisern am Bankgeheimnis festhalten: Einen Komplettschutz vor Indiskretion können sie – trotz drakonischer Strafen für Datendiebe – nicht garantieren.

„Steuerhinterzieher haben Hemmungen, ihr Geld an Exotenplätze wie die Bahamas, Panama oder Singapur zu verschieben“, konstatiert denn auch Dieter Ondraczek, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. „Denn da kann man nicht eben schnell hinfahren, mit dem Bankberater plaudern und Kontoauszüge kontrollieren.“

Nicht wenige vermögende Anleger bevorzugen daher weiter die Schweiz als Zufluchtsort – jedoch auf ganz legalem Weg. Die Eidgenossen locken reiche Ausländer weiterhin mit günstigen Steuersätzen, dem Versprechen politischer Stabilität – und einem derzeit kraftstrotzenden Schweizer Franken (siehe Tabelle Seite 117). Doch um sich des Zugriffs durch den deutschen Fiskus zu erwehren, gibt es nur eine Möglichkeit: den physischen Wegzug.

Es sind Männer wie Thomas Gehrig, die verunsicherten Reichen die Flucht erleichtern wollen. In seinem Büro am malerischen Züricher Stadelhoferplatz unweit des Zürichsees berichtet der Rechtsanwalt und Gründer der Ansiedlungsberatung Globogate von „emotionalen Schüben“ deutscher Wohlhaben-

der: „Das Gefühl, als Vermögender gejagt zu werden, hat sich zuletzt verstärkt.“

Vor allem gut situierte Frührentner jenseits der 55, die ihre eigene Firma verkauft haben und jetzt nach einem steuer günstigen Wohnort suchen, nehmen Gehrigs Dienste in Anspruch. Aber auch standortunabhängige Berufstätige, etwa aus der IT- oder der Finanzbranche, nutzen die Vorteile der Eidgenossenschaft. „Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, wo die Steuern zum Teil noch weiter sinken“, sagt Gehrig.

WER VOLLUMFÄNGLICH von den Vorzügen der Schweiz profitieren will, muss jedoch seinen bisherigen Wohnsitz steuerwirksam aufgeben. Das bedeutet: Keine Immobilien in Deutschland mehr nutzen. Frau und Kinder mitnehmen. Besuche in Deutschland einschränken. Fixe Anlaufstellen für Übernachtungen meiden. Selbst Banalitäten wie die eigene Zahnbürste im Bad eines alten Freundes könnten die Behörden misstrauisch stimmen.

Überdies lohnt sich der Wegzug nach Schätzungen von Steuerexperten erst ab einem Vermögen in zweistelliger Millionenhöhe. Ansonsten fressen die hohen Schweizer Preise für Kost und Logis die Steuerersparnis rasch auf: Der Kaufpreis für eine 100-Quadratmeter-Wohnung im Luxuskanton Graubünden liegt schon

mal bei zwei Millionen Euro. Wer günstiger leben will, sollte entweder preiswertere Alternativen wie Österreich oder Osteuropa wählen – oder Deutschland doch noch eine Chance geben.

Deutschland? Privatbankier Schramm rät seinen Kunden in der jetzigen Situation vor allem eines: Ruhe bewahren. Ein Patentrezept gegen mögliche Steuererhöhungen oder Vermögensabgaben gebe es zwar nicht. Man könne sich aber auch hierzulande „wirksam vor wirtschaftlichen Risiken schützen“, so Schramm, und obendrein „Spielraum für steuerliche Gestaltung schaffen“.

Geldanlagen in verschiedenen Währungen, die auch von einem deutschen Depot aus möglich sind, reduzieren die Zerstörungskraft eines möglichen Euro-Crashes. Als Vorsorge für den Worst Case – den Zusammenbruch des Finanzsystems – empfiehlt Schramm außerdem eine einfache Faustformel: Rechnet man beispielsweise mit einem Kollapsrisiko von 10 Prozent, sollte ein Vermögensanteil gleicher Höhe in physisches Gold investiert werden.

Vor dem allzu heftigen Zugriff des deutschen Fiskus können außerdem Verbindlichkeiten schützen, beispielsweise Darlehen für Immobilien. Durch derartige Gegengewichte in der Vermögensbilanz sinkt das Nettovermögen – die bisher übliche Bemessungsgröße für eine Vermögensteuer.

Zwar halten sich die Möglichkeiten, in Deutschland Steuern zu sparen, in Grenzen. Doch die Vorzüge der Bundesrepublik – relativ niedrige Lebenshaltungskosten, günstigere Grundstückspreise, anhaltende Wirtschaftskraft – locken selbst Vermögende aus vermeintlichen Steueroasen: Deutschland ist bis heute eines der beliebtesten Auswanderungsziele für die Bürger der Schweiz.

Auch der Kölner Unternehmer Bernd Burghausen, der vor dem Umzug in die Eidgenossenschaft steht, bricht nicht alle Brücken zur Bundesrepublik ab. Er will weiterhin eine starke Rolle in seinen Firmen spielen, die Geschicke seiner Stiftung lenken – und neue Wohnimmobilien in Deutschland erwerben.

Mittelfristig könnte Burghausen sich sogar vorstellen, gemeinsam mit seiner Frau wieder in die Heimat zurückzukehren. „Im Grunde“, sagt der Kölner, „sind wir eingefleischte Deutschland-Fans.“

Simon Hage